

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

8.9.1921 (No. 209)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. n. d.
Druck
und Verlag:
S. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 M., — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 P. Brief- und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnungswesen, in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Staatsautorität.

Wer den Kampf, den zurzeit die Reichsregierung, gelehrt auf den Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes, gegen die Reaktion führt, in seiner tieferen Bedeutung verstehen will, der muß ihn auffassen als den Kampf des neuen Staates um seine Autorität. Dabei ist es von vornherein wichtig zu wissen, daß der neue Staat keineswegs, wie so oft behauptet wird, auf gewalttätigen und ungesetzlichen Wege zustande gekommen ist, und daß er durchaus nicht der legalen Autorität entbehrt.

Die Revolution des Jahres 1918 ist in allererster Linie der Abschluß und das Ende einer Entwicklung. Sie hat den alten Staat zertrümmert. Und zweifellos ist die Revolution als solche, wie übrigens alle ähnlichen Unruhen, als ein Akt zu betrachten, der der Verfassung und dem Gesetz zuwiderläuft. Aber sogar die Revolution hat dadurch sozusagen einen Anstrich von Legalität bekommen, daß die Träger der Staatsgewalt, die Fürsten, ihre Beamten vom Thron entbunden und auf ihre Rechte verzichteten.

Damit entstand ein Vacuum. Und Aufgabe des über Nacht ganz frei gewordenen Volkes war es, sich nun selbst eine Verfassung zu geben. Wäre damals zu solchen Dingen Zeit und Gelegenheit gewesen, so hätte man natürlich auch im Zusammenhang mit der Verfassung gleich das Strafgesetzbuch und das bürgerliche Gesetzbuch dem neuen Zustand anpassen müssen.

Jedenfalls war das deutsche Volk in seiner Gesamtheit im Jahre 1919, nachdem die alte Staatsverfassung zusammengebrochen war und die Fürsten abdiziert hatten, durchaus berechtigt, nunmehr von sich aus eine neue Verfassung ins Leben zu rufen. Und zwar konnte das so, wie die Verhältnisse lagen, praktisch nur auf der Grundlage demokratischer Anschauungen erfolgen. Ja, man darf sagen, daß das Recht, welches das Volk im Jahre 1919 ohne jeden Schein von Ungeheuerlichkeit und Gewalttat ausübte, moralisch doppelt und dreifach zu Recht wurde, gerade weil man im Sinne der Demokratie verfuhr und einem jeden erwachsenen Staatsbürger männlichen und weiblichen Geschlechts die Möglichkeit gleichberechtigter Mitentscheidung einräumte.

Ohne jeden Zwang hat damals das deutsche Volk selber sich eine Verfassung geschaffen. Sie ist zustande gekommen auf einem Wege, den kein Staatsrechtler der Welt als illegal bezeichnen wird. Und wenn durch die neue Verfassung auch Vorrechte gewisser Schichten des Volkes beseitigt worden sind, so ist doch durch die Verwirklichung des Grundgesetzes, daß vor der Verfassung alle Bürger des Staates gleichberechtigt sind, das immanente Recht keines einzigen gekränkt worden. Der neue Staat ging dabei von der Auffassung aus, daß jene früheren Vorrechte einzelner Klassen ebenso wie viele in der Verfassung der übrigen bedingten, und daß ein solcher Zustand mit den Grundbegriffen eines wahren Rechtsstaates nicht übereinstimme. Sei dem aber, wie ihm wolle, so ist das Recht des Volkes, sich nach dem Zusammenbruch und Fortfall einer alten Verfassung durch seine Vertreter eine neue Verfassung geben zu lassen, nicht zu bestreiten. Es folgert daraus, daß die neue Verfassung als solche vollgültigen Anspruch darauf hat, von jedem Staatsbürger respektiert zu werden. Im übrigen haben sich zum mindesten zwei von den Mehrheitsparteien, die für die neue Verfassung verantwortlich sind, überhaupt nicht an der Revolution des November 1918 beteiligt.

Diese Haltung schließt die Möglichkeit einer Änderung der Verfassung nicht aus. Aber diese Änderung kann nur erfolgen auf dem durch die Verfassung vorgeschriebenen, legalen Wege. Ein Widerspruch wäre es, wenn ausgerechnet diejenigen Volksgenossen eine gewaltsame Änderung der Verfassung anstreben wollten, die selber — der Wahrheit zuwider — die Auffassung vertreten, daß der neuen Verfassung, wie überhaupt dem neuen Staat, die legale Autorität abzusprechen sei. Wer die heutige Verfassung gewalttätig stürzen will, der macht sich damit ganz unmittelbar einer ungesetzlichen und verbrecherischen Handlung schuldig, die auch moralisch durch nichts gerechtfertigt werden kann.

Die Deutschnationale Volkspartei scheint das eingesehen zu haben, wenigstens soweit ihre offizielle Politik in Frage kommt. Auf ihrem Münchener Parteitag hat sie als Partei den Gedanken an einen gewalttätigen Umsturz abgelehnt. Damit ist auch von dieser Seite die Legalität der Verfassung anerkannt worden. Nur darf man nicht vergessen, daß es sich hier lediglich um Erklä-

rungen handelt, denen die Tatsachen erst noch zu folgen haben. Mag auch gewiß die offizielle Parteileitung und ein großer Teil der deutschnationalen Wähler eine Politik der Gewalttätigkeiten verfolgen, so befinden sich doch im Rahmen der Gesamtpartei Gruppen und Strömungen genug, die jederzeit zu einem gewalttätigen Umsturz bereit sind. Und ob für den Fall, daß ein solcher Umsturz gelänge, die Deutschnationale Volkspartei als solche sich nicht sofort auf den Boden der neugegebenen Tatsachen stellen, d. h. das Ergebnis des reaktionären Umsturzes sofort anerkennen würde, das ist doch eine Frage, die nach den Erfahrungen des Kapp-Putsches nur mit großer Vorsicht und Skepsis beantwortet werden kann.

Daß jedenfalls der neue Staat das Recht hat, von einem jeden Staatsbürger den Respekt zu verlangen, der ihm auf Grund der Verfassung gebührt, ist für einen jeden gerecht denkenden Menschen vollkommen klar. Aus dem Recht auf Autorität ergibt sich aber im Interesse des Staatsganges die Pflicht zur Wahrung der Autorität. Denn das wäre ein schlechter und ein fauler Staat, der die Autorität, die ihm auf durchaus legalen Wege zugeflossen ist, nicht auch zu handhaben wüßte! Unter den heutigen Umständen aber wird diese Pflicht des neuen Staates geradezu zu einem Lebenserfordernis des ganzen Volkes.

Es ist ausgeschlossen, ohne Staatsautorität und ohne den freiwilligen Gehorsam des pflichtbewußten Bürgers den Wiederaufbau des Vaterlandes zu verwirklichen. Die Verfassung läßt an sich der Betätigung politischer Rechte weitesten Spielraum. Aber gerade, weil dem so ist, darf verlangt werden, daß diese Freiheit nicht ausgenutzt wird zur Willkür und zur Gesetzlosigkeit, zur gewalttätigen Unterhöhlung des Staates und zur Sabotage der Verfassung. Von einem jeden seiner Bürger darf der heutige Staat erwarten, daß er den fürchtbaren Ernst der Lage, in der sich Deutschland befindet, erkennt und sich von allen Aktionen fern hält, die ganz offensichtlich ungesetzlich sind und in ihrer Wirkung das Wohl des Vaterlandes aufs Schwerste schädigen müssen. Die freiwillige, aus dem rechten Staatsbewußtsein erwachende Unterordnung des Einzelnen unter die Notwendigkeiten der Gesamtheit, das ist eine selbstverständliche Forderung, ohne deren Erfüllung kein Staat gedeihen kann.

Wo aber die dienende Mitarbeit am Staate aus diesen oder jenen Gründen verweigert wird, da bleibt nur der eine Weg übrig, der Weg der verfassungsmäßigen Opposition. Überschreitet diese Opposition die Grenzen der Verfassung, verflüchtigt sie sich gegen das Gesetz, so darf sie sich nicht wundern, wenn der Staat alle seine Machtmittel anwendet, um sich die Autorität zu verschaffen, die ihm zukommt.

Die Mannheimer Indeziffern.

Von Regierungsrat Dr. Emil Hofmann.

In der Zeit vom 1. August ds. Jrs. bis 1. September ds. Jrs. ist nach den Erhebungen und Berechnungen des Mannheimer städtischen Preisprüfungsamts das Kleinhandelspreisniveau in Mannheim um 30 v. H. gestiegen. Die seit Mai ds. Jrs. von neuem aufgetretene Lebensmittelkrise ist demnach weiterhin in die Höhe geklettert; dabei ist der Steigerungsgrad diesmal der größte. Bei den einzelnen Artikeln wie auch bei den Gruppen ist die Bewegung begeißelterweise ganz verschieden. Während in den Gruppen Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, und Sonstiges die Preise ziemlich stabil blieben, sind bei den Lebensmittelpreisen große Veränderungen festzustellen. So wurden in der Zeit vom 1. August bis 1. September von den in diese Statistik einbezogenen 38 Lebensmitteln 16 teurer; bei 3 ist eine Verbilligung eingetreten, während 19 im Preise sich nicht geändert haben. Gewaltige Erregung allüberall hat bekanntlich die Brotpreiserhöhung hervorgerufen, und in der Tat ist die Steigerung des Brotpreises eine recht ansehnliche; sie beträgt 41,7 v. H., denn am 1. August kostete in Mannheim 1 Pfund Brot 1,27 M., während vom 16. August ab der Preis auf 1,80 M. festgesetzt wurde — daß die Mehlpreise gleichfalls in die Höhe gingen, ist hienach nicht weiter verwunderlich. Eine empfindliche Verteuerung hat ferner die Margarine erfahren; bei dieser beträgt die Preissteigerung in den vergangenen vier Wochen 36,8 v. H. Bei den Hülsenfrüchten haben die Preise ebenfalls ziemlich angezogen. Bei den Erbsen um 35,7 v. H., bei den Bohnen um 27,3 v. H. und beim Reis um 18,8 v. H. Ferner zeigen seit Mai ds. Jrs. die Eierpreise wieder steigende Tendenz; welsch großen Schwankungen überhaupt der Eierpreis unterliegt, geht aus nachstehender Reihe hervor, die jeweils den vom Preisprüfungsamt ermittelten „häufigsten“ Preis — für 1 Stück in Mark — enthält:

1. Aug. 1920	1. Sept. 1920	1. Okt. 1920	1. Nov. 1920	1. Dez. 1920	3. Jan. 1921	1. Febr. 1921
2,20	2,30	2,40	3,20	3,30	3,40	2,20

1. März 1921	1. April 1921	1. Mai 1921	1. Juni 1921	1. Juli 1921	1. Aug. 1921	1. Sept. 1921
2,10	1,60	1,50	1,60	1,65	1,70	2,20

Bezüglich der Fleischpreise ist zu erwähnen, daß Schweinefleisch am 1. September um 20,0 v. H. teurer war als am 1. August; dagegen ist der Rindfleischpreis um 9,1, und der Hammelfleischpreis um 11,1 v. H. zurückgegangen, während der Kalbfleischpreis sich nicht geändert hat. Außer den beiden erwähnten Fleischsorten sind nur noch die Karioffeln — mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit — billiger geworden; der Preisrückgang ist recht erhellend; am 1. Juli wurden vom Preisprüfungsamt 2,10 M., am 1. August 1,10 M., und am 1. September 0,75 für das Pfund als häufigster Preis ermittelt.

Stellt man die derzeitigen Lebensmittelpreise denen vom Juli 1914 gegenüber, so ergibt sich, daß heute das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot 1 1/2 mal so teuer ist wie vor dem Kriege, das Weizenmehl ist 2 mal so teuer, die Milch ist etwa 1 3/4 mal so teuer, die Butter etwa 2 1/2 mal, die Eier etwa 3 1/2 mal, das Schweinefleisch 2 mal, das Kalbfleisch 1 1/2 mal, das Rindfleisch etwa 1 1/4 mal, das Hammelfleisch 1 1/2 mal, das Pflanzfleisch 1 1/2 mal, das Schweinefleisch 1 1/2 mal, das Schmalz 2 mal, die Margarine etwa 1 1/2 mal, der Zucker 1 1/2 mal, der Reis etwa 1 1/2 mal, usw.

Interessant ist ferner ein Vergleich mit den Lebensmittelpreisen vom 1. September v. Jrs. Hierbei fällt in erster Linie die gewaltige Steigerung der Gemüsepreise auf; so kostete das Pfund Zwiebeln am 1. September v. Jrs. 45 Pfg., am 1. September ds. Jrs. aber 1,30 M. usw.; für 1 Pfund Karioffeln mußte der Verbraucher im vorigen Jahre 38 Pfg., heute aber 75 Pfg. — d. h. 47,4 v. H. mehr — bezahlen; bei der Milch und beim Salz beläuft sich die Preissteigerung auf je 42,9 v. H. Niedriger im Preise stehen: Schweinefleisch um 10,0 v. H., Rindfleisch um 16,7 v. H., Kalbfleisch um 7,7 v. H., Hammelfleisch um 33,3 v. H., Schweinefleisch um 12,5 v. H., Speiseöl um 28,6 v. H. usw.

Die durch Addition sämtlicher 38 Lebensmittelpreise gewonnenen Gruppenindizes lassen sich nachstehender Weise entnehmen:

Juli 1914	1. Januar 1920	1. April 1920	1. Sept. 1920	1. April 1921	1. Sept. 1921
100,0	868,5	1184,7	1664,5	1637,1	1778,7

In die Gruppe Bekleidung sind vom Preisprüfungsamt 35 Artikel einbezogen. Die durch Reihenschmelzung gewonnenen ungeordneten Gruppenindizes gehen aus nachstehender Übersicht hervor:

Juli 1914	2. Jan. 1920	1. April 1920	1. Sept. 1920	1. April 1921	1. Aug. 1921	1. Sept. 1921
100,0	1209,3	1690,0	1280,8	1189,4	1134,6	1142,2

Diese Gruppenindizes zeigen an, daß auch bei den Bekleidungsgegenständen der Preispegel von neuem sich hebt; insgesamt war bezüglich der 35 herangezogenen Gegenstände am 1. September ds. Jrs. der Preisstand etwa 1 1/2 mal so hoch wie vor dem Kriege.

Bezüglich der Gruppe Heizung und Beleuchtung ist zu bemerken, daß sich hier nur der Preis für Petroleum geändert hat — er ist von 6,50 M. auf 4,75 M. für den Liter zurückgegangen.

In den beiden Gruppen Wohnung und Sonstiges ist es bei den bisherigen Zahlen geblieben. Nimmt man nun hinsichtlich der fünf angeführten Gruppen eine Reihenschmelzung vor, so erhält man die Generalindizes:

Juli 1914	2. Jan. 1920	1. April 1920	1. Sept. 1920	1. April 1921	1. Aug. 1921	1. Sept. 1921
100,0	763,8	1045,6	1255,9	1235,7	1271,9	1310,3
	100,0	136,9	164,4	161,8	166,5	171,6
		100,0	120,1	118,2	121,6	125,3
			100,0	98,4	101,3	104,3
				100,0	102,9	106,0
					100,0	103,0

Aus obiger Übersicht geht hervor, daß das Gesamtpreisniveau in Mannheim am 1. September ds. Jrs. 13 ein Zehntel mal so hoch war wie vor dem Kriege. Ferner waren zufolge dieser Indizes die Mannheimer Verbraucherpreise am 1. September ds. Jrs. durchschnittlich um 71,6 v. H. höher als am 1. Januar v. Jrs., um 25,3 v. H. höher als am 1. April v. Jrs., um 4,2 v. H. höher als zur gleichen Zeit des vorigen Jahres, um 6,0 v. H. höher als am 1. April ds. Jrs. und schließlich um 3,0 v. H. höher als am 1. August ds. Jrs.

Politische Neuigkeiten.

Die Berliner Verhandlungen.

Gestern nacht, um 4 Uhr begannen in der Reichskanzlei die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern der bayerischen Regierung und der bayerischen Koalitionsparteien. Sie wurden um 8 Uhr abends abgebrochen und werden morgen früh 9 Uhr fortgesetzt werden.

Die gestern abend erschienene „Bayerische Staatszeitung“ schreibt zur politischen Lage: „Die politische Lage ist nach unseren Informationen so, daß begründete Aussicht besteht, die schwebenden Differenzen zwischen Berlin und München auszu-

gleich, um so mehr, als bei den Koalitionsparteien, vor allem auch bei der Bayerischen Volkspartei, die Meinung besteht, daß es unter seinen Umständen zu einem Bruch mit dem Reich kommen darf. Andererseits ist aber auch nach unserer Kenntnis der Dinge in Berlin der Wille vorhanden, Bayern soweit als möglich entgegenzukommen, wobei allerdings erwartet werden muß, daß die bayerischen Notwendigkeiten in Berlin entsprechend gewürdigt werden.

Im Anschluß an die Verhandlungen der bayerischen Delegation mit dem Reichskanzler erschienen die sozialistischen Führer beim Reichskanzler, nachdem sie eine gemeinsame Besprechung gehabt hatten. Gegenstand der Konferenz war die bekannte Haltung der beiden Fraktionen in der bayerischen Frage. Von der S.P.D. nahm Reichspräsident Lobe, Hermann Müller und Wels, von der U.S.P.D. Ledebour, Crispian, Pittmann und Dr. Rosenfeld an der Unterredung mit dem Kanzler teil. Beide Fraktionen waren völlig solidarisch in der Forderung nach Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern. Ihre Sprecher betonten einstimmig, daß die Landesregierungen nur bereit seien, den Belagerungszustand über ihr Land zu verhängen bei dringender Gefahr, und auch nur dann den einseitigen Belagerungszustand. Im übrigen stehe dieses Recht nur dem Reichspräsidenten zu. Daß der Belagerungszustand in Bayern demnach noch immer bestehe, verstoße gegen den Artikel 48 der Reichsverfassung. Die Reichsregierung habe durch ihre Nachgeben eine unentschuldbare Schwäche an den Tag gelegt. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß die Verhandlungen mit den bayerischen Vertretern noch schweben; über diese Frage würde die Erörterung noch fortgesetzt. Er lud die Führer der beiden Fraktionen für heute abend zu einer erneuten Besprechung ein, um sie von dem Ergebnis der Konferenz mit den Vertretern Bayerns in Kenntnis zu setzen.

Die Deutschnationalen beim Reichskanzler

Die Leitung der Deutschnationalen Volkspartei und der Vorstand ihrer Reichstagsfraktion sind, wie parteiöffentlich mitgeteilt wird, sofort nach der Rückkehr vom Münchener Parteitag an die Reichsregierung herangetreten, um bei ihr wegen ihrer jüngsten Maßnahmen und der dadurch geschaffenen Lage vorstellig zu werden.

Dienstag abend fand eine Besprechung beim Reichskanzler statt, in der als Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei die Abgg. Bergt, Graf Westarp, Dr. Düringer und Schiele teilnahmen. Die Besprechung zog sich bis in die späten Abendstunden hin. Über ihr Ergebnis wird offiziell mitgeteilt:

Heute abend fand auf Ansuchen der deutschnationalen Fraktionen und Parteien im Reichstagsgebäude eine Aussprache über die politische Lage und über die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August statt. Neben dem Reichskanzler waren bei der Besprechung anwesend der Reichsminister des Innern Dr. Graf v. Helldorf und der Reichsjustizminister Dr. Schiffer. Die deutschnationalen Abgeordneten legten ihre Auffassung über die Verordnung des Reichspräsidenten dar, die sie auf das Lebhafte bekämpften. Sie verlangten Anwendung der Verordnung gegen alle extremen Richtungen, die den politischen Kampf mit Gewalttätigkeiten führen, insbesondere verlangen sie Schutz gegen gewaltsame Sprengung und Störung rechtsgerichteter Kundgebungen und Versammlungen.

Der Reichskanzler besprach die Entwicklung der politischen Atmosphäre seit Annahme des Ultimatums und verwies auf die außenpolitischen Schwierigkeiten, die durch chauvinistische Kundgebungen hervorgerufen wurden. Er betonte die absolute Notwendigkeit, auf das Schärfste alle Versuche, die Weimarer Verfassung mit Gewalt beseitigen zu wollen, abzuwehren, wenn Deutschland nicht durch inneren Bürgerkrieg elendiglich zugrunde gehen wolle. Ebenso sei der Schutz der Republik gegen alle verwerflichen und gewaltsamen Angriffe eine selbstverständliche Staatsnotwendigkeit. Dabei werde die Verordnung streng und gerecht gegen alle gewalttätigen Elemente, wo immer sie sich zeigen mögen, angewandt werden. Ebenso erklärte der Reichskanzler, es werde mit allen Mitteln gewaltsamen Störungen friedlicher Versammlungen entgegengetreten werden. Er richtete die ernste Mahnung an die deutschnationalen Abgeordneten, alles aufzubieten, um Aufreizungen zu Gewalt mit allen nur erdenklichen Mitteln der Aufklärung und der parteipolitischen Beeinflussung als bald und nachdrücklich aus dem politischen Kampfe auszuschalten.

Im einzelnen erhoben die deutschnationalen Vertreter eine Reihe von Forderungen, deren Erörterung dem Reichstag vorbehalten sein wird. Die Besprechung nahm einen dem ernstesten Charakter der politischen Lage durchaus Rechnung tragenden Verlauf.

Wie verlautet, finden im Laufe dieser Woche weitere Aussprachen mit den übrigen Parteien und Fraktionen statt.

Die Notwehrmaßnahmen.

Am Freitag, den 9. September, nachmittags 4 Uhr, tritt der auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August gebildete Reichsratsausschuß zusammen, um über die vorliegenden Beschwerden der verbotenen Zeitungen zu beschließen.

Die königsberger „Ostpreussische Zeitung“ ist erneut verboten worden.

Der Oberpräsident von Hannover, Koste, hat auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August Demonstrationszüge von einem Ort zum andern in der Provinz Hannover verboten, da in der letzten Zeit dabei Gewalttätigkeiten mit Sachen und Personen verübt worden seien, die für die Zukunft verheißend zu sein müßten.

Die von der Deutschen Volkspartei für Dienstag abend in Leipzig angelegte Sedanfeier, bei der Reichstagsabg. Mittelmann sprechen sollte, wurde polizeilich verboten.

Aus Halle wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet: Hier wurden etwa 20 Kommunisten und einige Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins wegen Beteiligung an der Störung des Stiftungsfestes des Bröllwitzer Kriegervereins verhaftet. Sie werden des Landfriedensbruchs beschuldigt. — Der „Noten Fahne“ zufolge, wurde auch der Vorsitzende der gegenwärtig in Halle tagenden freien Arbeiterverbände, Hammer, verhaftet.

Nach einer Meldung der „Braunschweiger Landeszeitung“ verurteilt das Staatliche Presseamt die Mitteilung, daß wegen der jüngst in Braunschweig erfolgten Dynamitanschläge mehrere Mitglieder der kommunistischen Partei verhaftet worden sind.

Eine demokratische Kundgebung in Berlin.

In einer am Dienstag abend von der Berliner demokratischen Organisationen einberufenen Versammlung sprach der frühere Staatsminister Defser über die politische Lage. „Nur auf dem Boden der heute bestehenden Staatsordnung“, so führte Defser aus, „wird es möglich sein, die wirtschaftliche

Kraft Deutschlands wieder herzustellen und geordnete Zustände zu erhalten. Erzbergers Ermordung ist zum Warnungsruf für alle diejenigen geworden, die auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen. Schon heute kann der Sturm auf derer als gezeichnet betrachtet werden, die an dem Unglück Deutschlands die Schuld tragen und ihr belaftetes Gewissen zu beruhigen suchen durch eine maßlose Oede gegen den Mann, der als Beauftragter Ludendorffs und mit feiner Instruktionen der Obersten Heeresleitung die Waffenstillstandsverhandlungen führen mußte. Der republikanische Gedanke hat sich seit dem Kapp-Putsch in Deutschland dauernd gefestigt. Der Wille zu seiner Verteidigung ist heute geschlossener als je. Aber erst, wenn es gelingt, dem neuen Geist in der Verwaltung, der Justiz und vor allem auch der Schule Geltung zu verschaffen, kann ein dauernder Bestand der Deutschen Republik und damit auch ihre Geltung in der Welt gesichert sein.“

Die Aufforderung Defers, in der Stunde der Gefahr Seite an Seite mit der demokratisch gesinnten Arbeiterklasse den Kampf für die Republik aufzunehmen, wurde von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommen und von minutenlangen stürmischen Beifallskundgebungen begleitet.

Äußerungen Stegerwalds.

Der „Deutsche“ gibt eine Äußerung des Ministerpräsidenten Stegerwald gegenüber dem Chefredakteur des Blattes wieder. Stegerwald führte u. a. aus, daß er die Stunde der Entscheidung zwischen rechts und links noch nicht für gekommen halte. Er halte für das nächste Jahrzehnt eine starke Mitte für eine deutsche Lebens- und Erziehungsfrage für nötig. Eine Linksmeinung würde, seines Erachtens, im nächsten Jahrzehnt zu einem Chaos führen. Notwendig sei Stetigkeit in der deutschen Politik, die nur durch eine kompakte Mitte, einschließlich eines starken Arbeiterflügels, erreichbar sei. Das deutsche Volk zerleihe sich wieder einmal in Nebenfragen, wie: Monarchie oder Republik? Zuständigkeit zwischen Reich und Länder? usw. Die augenblickliche Lebensfrage sei die Sammlung der Kräfte für die Wiedererlangung unserer nationalen Freiheit, die auf diplomatischem Wege allein nicht erreichbar sei, auf die aber auch der Wille des Volkes hingelenkt werden müsse.

Eine Verdrehung.

Nach einer Meldung des Berliner „Lokalanzeigers“ veröffentlichten Münchener Zeitungen einen vom Verfassungsausschuß des Reichswirtschaftsrates ausgearbeiteten Plan zur wirtschaftlichen Sicherung des Reiches, um an ihn die Bemerkung zu knüpfen, da er eine Teilung Bayerns in Nord- und Südbayern vorsehe, somit Bayern mit der Losrennung Frankens bedrohe. Damit ist, so wird aus Berlin mitgeteilt, einer der Öffentlichkeits seit langem bekannten Angelegenheiten eine durchaus unzutreffende Bedeutung beigelegt. Es handelt sich um eine Arbeit des Verfassungsausschusses des Reichswirtschaftsrates, an der nicht nur der frühere sozialdemokratische Reichstagsabg. Cohen-Neuf, sondern auch das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Oberbürgermeister Mülaff, der der deutschen Volkspartei angehört, als Referent beteiligt war. Der Plan betrifft die Einteilung des Reiches in Bezirkswirtschaftsräte und gehört mit zu den Vorarbeiten für die endgültige Organisation des Reichswirtschaftsrates. Er hat lediglich wirtschaftliche und nicht die geringste politische Bedeutung. Es ist eine ungeheuer Verdrehung der Tatsachen, wenn man diesen Plan als Beweis für einen beabsichtigten Eingriff in die politische Gliederung des Reiches hinstellen will. Eine derartige Verdrehung muß als bewusste Irreführung der bayerischen öffentlichen Meinung bezeichnet werden.

Der auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August gebildete Reichsratsausschuß tritt am 8. September, nachmittags 4 Uhr, zusammen, um über die vorliegenden Beschwerden der verbotenen Zeitungen zu beraten.

Der mitteldeutsche Aufstand.

Der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages verhandelte gestern in öffentlicher Sitzung über die Unruhen in Mitteldeutschland. Auf der Tagesordnung standen Zeugenvernehmungen. Als erster Generalzeuge wurde Staatsminister a. D. Severing vernommen. Er besprach die Vorgänge im Zusammenhang mit dem kommunistischen Aufstand in Halle. Die damalige Gefahr eines Reichsputsches wurde von der Arbeiterchaft sehr ernst genommen. Daher ist es zu erklären, daß in einer Reihe von Ortschaften die Arbeiter noch im Besitze von Waffen waren. Während der Tagung der Nationalversammlung war Halle das Zentrum aller Unruhen. Eine Zentralisation des Polizeikörpers war auch in der Provinz Sachsen erforderlich. Die preussische Regierung hat sich nicht einen Augenblick durch die Dinge überraschen lassen. Die politischen Kräfte wären stärker eingesetzt worden, wenn nicht die obersteinständige Abmahnung bevorzustanden hätte. Man hatte beobachtet, daß riesige Truppenmassen von den Polen zusammengezogen wurden. Der Einsatz der Reichswehr wäre von den Polen als Begründung ihrer Alarmnachrichten über die Unruhen in Deutschland ausgeschlachtet worden. Die Heranziehung der Reichswehr würde die Sache noch kompliziert haben. Über die Beteiligung von Amts- und Gemeindeführern an dem Aufstand könne er keine Auskunft geben, da er seit dem 23. April nicht mehr Minister sei. Ihm sei nicht bekannt, daß Ausländer in besonderer großer Zahl sich im Aufstandsgebiet aufgehalten hätten. Die Bewaffnung der Arbeiter sei eine Folge der Bewaffnung der Orgesch gewesen. Abfurd sei es, von der Existenz einer roten Armee in Mitteldeutschland zu sprechen. Das gefährlichste war, daß die Aufständischen sich im Besitze von Dynamit befanden. Eine feste rote Organisation habe jedenfalls nicht bestanden. Eine Aufstände wurden improvisiert und genährt durch den Aufruf von Hül. Der Zeuge hat den Eindruck, daß die kommunistische Partei nicht zum mitteldeutschen Aufstand das Signal gegeben habe.

Die Wohnungsfrage.

Die Sozialisierungskommission hat zur Wohnungsfrage folgenden Beschluß gefaßt:

Die Sozialisierungskommission ist sich einig, daß der bisherige Zustand — unwirtschaftliche Niedrighaltung der Mieten, unzulängliche Neubautätigkeit bei Währungsanschüssen, die im Budget nicht gedeckt sind — gleich unbefriedigend für die Hauseigentümer, die Wohnungsuchenden und die öffentlichen Finanzen ist. Sie hält eine alsbaldige Änderung für erforderlich. Soweit es sich um die Vermietung bestehender Wohnungen und Gewerberäume handelt, erstreckt ein Teil der Kommission (Waltruf, Patock, Feiler, Kain, Krämer, Lindemann, Duppe, Prenzel, Hornmann, Sieder, Weber, Vogelstein) als endgültige, eine gesunde Entwicklung des Wohnungswesens allein ermöglichende Lösung die Wiederherstellung des freien Marktes durch schrittweise Aufhebung der Höchstmietpreise und

der Zwangswirtschaft. Er will aber die bei freier Preisbildung eintretende Steigerung der Grundrente der Allgemeinheit zuführen. Der andere Teil der Kommission (Gilsberding, Wiffel, Kauff, Lederer, Werner, Wallob, Kusznyski, Kaufmann, Umbreit) stimmt der letzteren Absicht zu, sieht aber die endgültige Lösung in einer Sozialisierung durch Überführung aller ganz oder teilweise zu Wohn- und Gewerberäumen vermieteten Gebäude in das Eigentum des Reiches oder der Gemeinden, eventuell unter Heranziehung von Mietergenossenschaften. Beide Gruppen halten eine alsbaldige Aufhebung der Höchstmietpreise und damit der Zwangswirtschaft für gewerblich benutzte Räume für geboten, für Wohnungen aber schon wegen der dadurch eintretenden unerträglichen Erschütterungen des Wirtschaftslebens für unmöglich. Die Anhänger der Gemeinwirtschaft halten vorbereitende Maßnahmen für erforderlich, um die Sozialisierung in Fluß zu bringen und die sofortige Aufnahme der Bautätigkeit möglich zu machen. Sie behalten sich endgültige Vorschläge vor. Die Kommission ist sich daher einig, daß für die unmittelbare Zukunft nur ein Provisorium empfohlen werden kann. Sie hält dies aber für notwendig, da andernfalls ein Zusammenbruch der Zwangswirtschaft drohen würde, und schlägt dafür trotz der Gegenstände im Endziel die folgenden Grundzüge vor:

1. Für alle (auch die vom Eigentümer) zu Wohn- und Gewerberäumen benutzten oder benutzbaren Wohnungen oder Gewerberäume wird eine Grundmiete festgesetzt, die der Eigentümer ungekürzt erhält. Die Grundmiete wird so bemessen, daß zur Normalmiete vom 1. Juli 1914 ein Zuschlag gemacht wird, der die notwendigen Mehrausgaben für die allgemeine Erhöhung der Hypothekenzinssätze, für die Nebenkosten (Steuern, Gebühren aller Art usw., für laufende Unterhaltung und für einen Teil der großen Reparaturen deckt und eine angemessene Vergütung für die Arbeitsleistung der Hausbesitzer enthält.

2. Die Kommission geht davon aus, daß sie für den Neubau erforderlichen Geldmittel nicht als Zinsen einer in einer längeren Reihe von Jahren zu tilgenden Summe, sondern wenn irgend möglich durch Kapitalaufgabe aufgebracht werden sollen. Legt man einen jährlichen Bedarf von 5 Milliarden Mark zu Grunde, so würde eine Erhöhung der Grundmiete um 100 v. H. der Friedensmiete notwendig sein. Die Kommission hält es für richtig, daß dabei für eine angemessene Erhöhung der Löhne und Gehälter unter Vermeidung sozialer Kämpfe gesorgt wird.

3. Der Höchstmietpreis für Wohnungen wird gemäß 1) und 2) festgesetzt. Die Miete der gewerblich benutzten Räume ist alsbald der freien Preisbildung zu überlassen.

4. Die zu 2) vorgegebene Erhöhung der Miete über die Grundmiete hinaus um 100 v. H. der Friedensmiete fällt ganz der Gemeinde zu; von einer weiteren Mieterhöhung für gewerblich benutzte Räume erhält die Gemeinde 90 v. H. als Steuer. Die Mitglieder (Gilsberding, Wiffel, Kauff, Lederer, Werner, Wallob) empfehlen, das Fünfundzwanzigste des 100-prozentigen Aufschlages als vierprozentige Grundschuld zugunsten der Gemeinde an erster Stelle einzutragen. Für nicht ganz oder teilweise vermietete, vom Eigentümer selbst zu Wohn- oder Gewerberäumen benutzbare Gebäude soll eine vierprozentige Grundschuld in entsprechender Höhe zugunsten der Gemeinde an erster Stelle eingetragen werden.

Vom Völkerbund.

Folgende 6 Kommissionen wurden gestern aus der Genfer Versammlung gebildet: 1. Kommission für juristische und konstitutionelle Fragen, die sich u. a. mit etwaigen Änderungen des Statuts zu befassen hat. 2. Kommission für technische Organisationen. 3. Kommission für Abrüstung und Wladode. 4. Kommission für Budget und Finanzen. 5. Kommission für humanitäre Angelegenheiten. 6. Kommission für besondere politische Fragen, wozu die Aufnahme neuer Staaten gehört. An der ersten Kommission nehmen u. a. teil: Balkow (England), Ishij (Japan), Aksenof (Polen), Benesch (Tschechoslowakei), Biviani (Frankreich), oder als Stellvertreter Noblesmaire, Mensdorf (Österreich), Motta (Schweiz). Zur 6. Kommission gehören u. a.: Lord Robert Cecil (Süd-Afrika), Wenzdorf (Österreich), Symans (Belgien), Imperiali (Italien), Fisher (England), Reynald Aubert (Frankreich), Branting (Schweden), Motta (Schweiz) und Spalaitowitsch (Jugoslawien).

Das Völkerbundssekretariat teilt mit, daß die deutsche Regierung 20 neue Verträge zum Zwecke der Eintragung und Veröffentlichung überreicht hat, so daß die Gesamtzahl der von Deutschland zur Eintragung übergebenen Verträge etwa 35 beträgt. Es befinden sich unter diesen Verträgen u. a. deutsche Handelsabkommen mit Ungarn, Österreich und Bulgarien, das deutsch-französische Abkommen über zollfreie Ausfuhr elsfahrspringer Waren nach Deutschland und über die Rheinbrücken zwischen Elsaß-Lothringen und Baden, über das Gerichtsverfahren in den Abtretungsgebieten, das deutsch-schweizerische Kohlenabkommen usw.

* Der Berichterstatter der „Westminster Gazette“ meldet: Die vom Völkerbundsrat mit der Berichterstatterin über die obersteinständige Frage betrauten vier Mitglieder werden wahrscheinlich ihren Bericht bis zum 10. September fertig haben. Es könne schon jetzt zuverlässig erklärt werden, daß der Völkerbundsrat in der obersteinständigen Frage eine Entscheidung treffen werde, die weder in Übereinstimmung mit den britischen Vorschlägen, noch mit den französischen sei und daß er ganz unabhängig vorgehen werde. Die Entscheidung des Rates soll, nach dem Berichterstatter, sowohl Polen als auch Deutschland und vor allem der obersteinständige Bevölkerung Befriedigung gewähren (?).

Kurze polit. Nachrichten.

* Metallarbeiterstreik in Magdeburg. Die „Magdeburger Zeitung“ meldet, daß gestern in einer Versammlung der Funktionäre und Betriebsräte der Metallarbeiter beschlossen wurde, den Spruch des Schlichtungsausschusses nicht anzuerkennen und sofort in den Streik zu treten. Der Streik der Transporthilfsarbeiter dauert noch an.

* Zusammenstöße in Speyer. Der Bayerischen Staatszeitung wird aus Speyer telegraphiert, daß dort wegen der Inszenierung mehrerer Personen im Zusammenhang mit den Demonstrationen der vorigen Woche gestern vormittag 11 Uhr ein Sturm auf das Regierungsgebäude unternommen wurde. Es kam dabei zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei Schüsse fielen. Ein Arbeiter wurde getötet und mehrere verletzt.

* Die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Partei beträgt nach dem Bericht des Parteivorstandes 1 221 000. Gegenüber dem Vorjahr ist die Mitgliederzahl um 40 851 gestiegen.

* Angora gefallen. Reuters meldet aus Smyrna: Nach eines hier eingegangenen Meldung ist Angora, die Hauptstadt der türkischen Nationalisten in Kleinasien, nach einem hartnäckigen Kampf mit den Türken in die Hände der Griechen gefallen.

Badische Uebersicht.

Meldungen zum Eintritt in das Reichsheer.

Von maßgebender Seite wird uns mitgeteilt, daß immer noch Personen, welche in das Reichsheer einzutreten wünschen, fälschlicherweise sich mit ihren Gesuchen direkt an das Reichsheerministerium wenden.

Wer in das Reichsheer eintreten will, wendet sich zweckmäßig an den Truppenteil, dem er angehören will. Wer wegen Überfüllung bei dem gewählten Truppenteil nicht ankommt, oder wer zu keinem bestimmten Truppenteil will, wendet sich an die Divisionskommandos, die ihm eröffnen werden, ob und wo noch Stellen frei sind.

Die Städte der Divisionen befinden sich in Königsberg (I.), Stettin (II.), Berlin (III.), Dresden (IV.), Stuttgart (V.), Münster (VI.), München (VII.), Frankfurt a. O. (I. Kavallerie-Division), Breslau (2. Kavallerie-Division), Cassel 3. Kavallerie-Division).

Meldungen beim Reichsheerministerium sind zwecklos, weil das Ministerium sich mit Einstellung von Freiwilligen nicht befaßt, da dieses lediglich Sache der Truppenteile ist. Die beim Ministerium eingehenden Gesuche können daher nur an die Truppe weitergegeben werden, wodurch für den Gesuchsteller eine unerwünschte Verzögerung eintritt.

Dem Landesschlittungsausschuß

liegen, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, zurzeit gegen 100 Einspruchsfälle über Regelung der Besoldungsverhältnisse von Gemeindebeamten vor. Die nächste Sitzung wird am 22. und 23. September in Karlsruhe (Sitzungsraum des Ministeriums des Innern) stattfinden. Eine größere Zahl von Schlittungsfällen wird in einer Sitzung am 29. September in Konstanz erledigt werden.

Finanzminister Köbler zur Lage.

Finanzminister Köbler sprach in Konstanz über die politische Lage. Eingangs verurteilte er den dem früheren Reichsfinanzminister Erzberger begangenen Vord und sagte dabei H. v. Br. u. a.: Welches sind die Folgen des Vordes? Die Erregung ist ungeheuer. Das Volk merkt, daß es sich um mehr handelt als um Erzberger. Es merkt, daß es um die deutsche Einheit geht, es merkt, daß es um die Demokratie geht, um das Mitbestimmungsrecht des Volkes. Die Säbelherrschafft soll wieder aufgerichtet werden. Und warum plötzlich dieses Säbelgeräusch? Weil die Regierung zu gut war, weil sie zu viel Rücksicht geübt hat. Aber künftigen sich die Herren nicht! Heute weiß man im deutschen Volk, daß es um die Staatsordnung und die Weimarer Verfassung geht. Einen Rück nach rechts haben jene Herren erreichen wollen und einen Zug nach links hat man erreicht. Die Radikalisierung treibt jetzt mit unheimlichen Schritten vorwärts. Ich sehe die gegenwärtige Situation außerordentlich schwarz an. Wir müssen alles aufwenden, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Hier an der Grenze des Deutschen Reiches wollen wir ins Ausland hinauszufahren: Das ist nicht Deutschland, das ist nicht Deutschland, das ist nicht das Land der Meuchelmörder! Deutschland will nicht daß die Säbelherrschafft wieder aufgerichtet wird, sondern Deutschland will sein Staatsleben in Ruhe wieder aufrichten, will demokratisch sein und bleiben, wir alle wollen unser Staatsleben festigen. Dieses Wollen muß sich aber in die Tat umsetzen, und deshalb sieht die badische Regierung entschlossen und fest hinter den Maßnahmen der Reichsregierung und sie wird — das sage ich hier offen als beabsichteter Minister — mit gerechter Strenge das Geseß durchführen. Der Reichskanzler erhielt in den letzten Tagen eine große Anzahl von Drohbriefen und auch den badischen Finanzminister hat man in zwei Drohbriefen daran erinnert, daß seine Stunden gezählt seien. Wir wissen, daß das badische Volk hinter der Regierung steht, daß es sie unterstützt in ihren Handlungen. Die Aufforderung zum Morde und die gewissenlose Verteilung lassen wir uns nicht gefallen, und wer sich verzeißt, der soll die ganze Strenge der Staatsautorität zu spüren bekommen. Wir proklamieren den Kampf den Feinden der Staatsordnung und der demokratischen Staatsverfassung. Gegen die Waffenschleifer im badischen Oberland und im Unterland wird die Regierung energisch Front machen. Die Regierung allein oder kann nicht alles tun. Wir müssen alles Treuennende zurückstellen, gleich zu welcher politischen Partei wir uns bekennen, gleich welche religiöse Auffassung wir haben. Wir wollen uns zusammen-

schließen zu einer großen Partei, die auf ihre Fahne schreibt: „Fort mit der Mörderpolitik“. Wir wollen uns nicht die Köpfe verschlagen über die Frage, ob Republik oder Monarchie die bessere Staatsform ist. Jetzt müssen wir nur darauf sehen, wie wir aus den gegenwärtigen schweren Stunden herauskommen. Da haben wir die Pflicht, daß wir uns treu zur Weimarer Verfassung bekennen. Auf dem deutschnationalen Parteitag in München hat Helfferich die Worte ausgesprochen, die Regierung für die Deutschen wollen für den Sturm sorgen! Es sollen sich diese Leute nicht täuschen: Für den Sturm sorgen wir, aber nicht für den Sturm im Sinne Helfferichs. Wir wollen einen Sturm entfachen mit den Waffen des Geistes. Das soll einen Sturm geben, der mandem von den deutschnationalen Herren um die Ohren brausen wird.“

Dr. Haas über die politische Lage.

In einer öffentlichen Versammlung der Demokratischen Partei sprach in Furtwangen Reichstagsabgeordneter Dr. Haas über die politische Lage. Eingangs kam er auf die Morbidität in Griesbach zu sprechen, anerkannte Erzbergers Tatkraft und Willen, dessen Fehler zu rege Betriebsamkeit und Mangel an Menschenkenntnis gewesen seien. Die Morbidität sei auf die Agitation der Unzufriedenen zurückzuführen. Der Redner erhob die Forderung, daß das Volk früher der Regierung die Politik überließ, die bei Befugung wichtiger Posten nicht nach Rücksicht, sondern nach Geburt und Rang entschied. Zum Schluß kam der Redner auf die neuerliche Verordnung des Reichspräsidenten und auf die bevorstehenden Wahlen zu sprechen. Eine starke Regierung könne nur auf der breiten Basis der Parteien der Mitte gebildet werden.

Die sozialdemokratischen Landtagskandidaten.

Zu der bevorstehenden Landtagswahl sind in den sieben Wahlkreisen folgende Kandidaten aufgestellt worden:

1. Landtagswahlkreis: 1. Schriftföher Grophans-Konstanz, 2. Geschäftsföher Schifferdecker-Willingen, 3. Landwirt Sauter-Rommingen, 4. Schuhmacher und Landwirt Hellstern-Möhringen, 5. Lehrer Rinderspacher-Hornberg, 6. Fabrikarbeiter Speck-Singen, 7. Bäckerin Gutzjahr Wne-Konstanz, 8. Landwirt Groll-Radolfzell, 9. Dekorationsmaler Vogler-Meffrich, 10. Oberverwaltungssekretär Gohdermann-Reichenau, 11. Landwirt Rehn-Egelingen.

2. Landtagswahlkreis: 1. Schriftföher Koesch-Lörrach-Stetten, 2. Gewerkschaftsbeamter Rieslich-Lörrach, 3. Gärtner Brandhuber-Brennet, 4. Oberjustizsekretär Groß-Müllheim, 5. Eisenbahner Brenneisen-Kirchen, 6. Frau Fischer-Karlsruhe, 7. Gärtner und Landwirt Probst-Verwangen, 8. Schreiner Strom-Well, 9. Lagerhalter Wolfen-Waldsloh, 10. Geschäftsföher Müller-Schöppheim, 11. Landwirt und Küfermeister Bueh-Feldberg.

3. Landtagswahlkreis: 1. Arbeitsminister Dr. Engler-Karlsruhe, 2. Arbeitersekretär Markloff-Freiburg, 3. Landwirt Göffig-Wahlingen, 4. Parteisekretär Meier-Freiburg, 5. Fabrikarbeiterin Anna Keinel-Emmendingen, 6. Fabrikarbeiter Schneider-Neustadt, 7. Hauptlehrer Neuenberger-Freiburg, 8. Gewerkschaftssekretär Geller-Freiburg, 9. Schreiner Geiger-Waldsloh, 10. Filialleiterin Luise Bösch-Freiburg, 11. Dreher Fahrner-Freiburg, 12. Maljreiber Pfeifferle-Krozingen, 13. Schneider Weimann-Denzlingen.

4. Landtagswahlkreis: 1. Geschäftsföher Müdert-Karlsruhe, 2. Eisenbahnpersonal Wirth-Appenweier, 3. Mechaniker Melert-Rastatt, 4. Hauptlehrer Schäß-Laß, 5. Bildhauer und Stadtrat Rapp-Baden-Baden, 6. Parteisekretär Winter-Offenburg, 7. Landwirt Thortwarth-Leutesheim, 8. Schreiner Reiff-Waldsloh, 9. Bäcker und Gemeinderat Hais-Dürmersheim, 10. Bahnhofsleiter Rudolf-Zehdenheim, 11. Former Krauß-Oberkirch, 12. Buchhalterin Hollstein-Rastatt, 13. Frau Kirmann-Rastatt, 14. Wertmeister und Gemeinderat Jeller-Bühlertal, 15. Bahnarbeiter Bösch-Waltersweier, 16. Kassenbeamter Holl-Gengenbach, 17. Glasmacher Reuchel-Alchern, 18. Eisenbreher Math-Gaslach, 19. Geschäftsföher des Reichsbundes Kriegsbeschädigter Reutlinger-Rastatt, 20. Zimmermann Gauß-Bühl.

5. Landtagswahlkreis: 1. Rechtsanwalt und Staatsrat Marum-Karlsruhe, 2. Kranenlassenbeamter und Stadtv. Graf-Horheim, 3. Frau Stadträtin Fischer-Karlsruhe, 4. Landwirt und Gemeinderat Kurz-Gröningen, 5. Bezirksleiter Horter-Karlsruhe, 6. Parteisekretär Trinius-Karlsruhe, 7. Schulinspektor Rheinmuth-Horheim, 8. Kaufmann und Gemeinderat Weber-Durlach, 9. Maler und Gemeinderat Stöhrer-Etlingen,

10. Kaufmann und Gemeinderat Juch-Stein, 11. Geschäftsföher und Stadtv. Stäber-Bruchsal, 12. Stadtv. Edith Krautwein-Horheim, 13. Eisenbahnpersonal Bech-Karlsruhe, 14. Landwirt und Lagerhalter Schäfer-Wilferdingen, 15. Frau Müller-Karlsruhe, 16. Goldarbeiter Steinhauser-Königsbach, 17. Kaufmann Neerapfel-Untergrombach, 18. Schreiner und Gemeinderat Ebel-Graben, 19. Zigarrenmacher Benz-Cöllingen, 20. Wertmeister Stoll-Philippburg, 21. Tel.-Betriebsassistentin Anders-Karlsruhe, 22. Hauptlehrer Meyer-Weingarten, 23. Angestellter der K. B. F. Gude-Karlsruhe.

6. Landtagswahlkreis: 1. Parteisekretär Strobel-Mannheim, 2. Minister Kemme-Karlsruhe, 3. Bürgermeister Gehweiler-Mühlheim, 4. Hausfrau Wase-Mannheim, 5. Steinarbeiter Arnold-Mannheim, 6. Schlosser Behner-Mannheim, 7. Parteisekretär Gahn-Mannheim, 8. Kaufmann Reinecke-Weinheim, 9. Bürgermeister Schäfer-Wallstadt, 10. Rektor Gerdel-Mannheim, 11. Zigarrenmacher Ködel-Hodenheim, 12. Landwirt Eißler-Sandhofen, 13. Werkzeugschlosser Trumppheller-Neckarau, 14. Hausfrau Geier-Mannheim, 15. Bezirksleiter Weidenhammer-Hemsbach, 16. Schuhmachermeister Landwehr-Schriesheim.

7. Landtagswahlkreis: 1. Wirtschaftsbeamter Maier-Heidelberg, 2. Regierungsrat Raufsch-Karlsruhe, 3. Redakteur Dr. Kraus-Heidelberg, 4. Realchuldirektor Kunzgemüller-Laubersheim, 5. Gewerkschaftssekretär Engelhard-Heidelberg, 6. Bürgermeister Wolfswiler-Ziegelhausen, 7. Mechaniker Ged-Lauba, 8. Metallrüder Roth-Sinsheim, 9. Reisender Ganzer-Sennfeld, 10. Frau Kinderpflegerin Sommer-Heidelberg, 11. Maurer Frant-Eppingen, 12. Bürgermeister Frey-Neckarelz, 13. Schreinermeister Heller-Buchen, 14. Maler Pastötter-Heidelberg, 15. Pfarrer Stelt-Neunstetten.

Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei.

Eine am Sonntag in Freiburg abgehaltene Vertrauensmännerversammlung der Deutsch-Demokratischen Partei des dritten Landtagswahlkreises befaßte sich neben der Besprechung anderer politischer Fragen mit der Aufstellung der Kandidatenliste für die kommende Landtagswahl. Zum Spitzenkandidat wurde Handwerkskammerpräsident Ebert von der Freiburger Handwerkskammer bestimmt, an zweiter Stelle kommt der bisherige Landtagsabgeordnete Bürgermeister Stork in Schallstadt zu stehen, ihm folgt als dritter Vorkandidat Bauh in Emmendingen.

Gegen die Verschmelzung von Baden und Württemberg.

In einer öffentlichen Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Engen nahm der frühere Minister Dietrich u. a. auch Stellung zur Frage der Verschmelzung von Baden und Württemberg und zwar behandelte er diese Frage von zwei Gesichtspunkten aus, nämlich vom rein geschäftlichen und vom nationalen. Dabei sagte er, rein geschäftlich müßte bei einer Verschmelzung so viel wie alles gemindert werden, jede innere und äußere Organisation, die Verfassung usw. Wer aber könne und wolle dies durchführen? Wenn man sage, man solle beide Länderverwaltungen usw. einfach neben einander herlaufen lassen wie bisher, dann brauche man überhaupt keine Verschmelzung, und Leute, die da meinen, daß bei einer solchen Ersparnisse am Beamtenkörper usw. gemacht werden könnten, beweisen nur eine erschreckende Unkenntnis der Dinge, wie sie wirklich liegen. Baden hätte auf die Dauer unter keinen Umständen wesentliche Vorteile von der Verschmelzung und sie dürfe doch nur unternommen werden, wenn solche Vorteile garantiert seien. Vom nationalen Standpunkt aus wolle er nur daran erinnern, daß wir gar oft mit Angst nach Bayern sehen, das ja auch in der Tat viele partikularistische Ansätze zeige, wenn schon er die Befürchtung, daß Bayern jemals eine wirklich die Reichseinheit gefährdende Politik treiben würde, niemals gehabt habe. Wenn aber Baden, Württemberg, Hessen und schließlich die Pfalz zu einem Staatenbunde vereinigt würden, dann sei der Bestand der Reichseinheit entschieden gefährdet; es würde Kämpfe zwischen Norden und Süden geben, die das letzte bishigen Idealismus, das wir aus dem Zusammenbruch gerettet haben, unweigerlich zerstören müßten; wer wollte so vermessen sein und solche Kämpfe entfesseln in der Zeit der höchsten Not des Vaterlandes? Wer wolle die ungeheure Verantwortung dafür übernehmen? Der Redner erklärte mit aller Ungeheuerlichkeit, daß er nicht aufhören würde, den Gedanken der Vereinigung Württemberg und Badens zu bekämpfen.

Memoiren einer Besessenen.

Die von Hanns Heinz Ewers in der Bibliothek des Abbonderlichen Mara (Verlag Robert Lutz, Stuttgart) herausgegebenen „Memoiren einer Besessenen“ lassen uns einen Blick in eine Zeit des fürchterlichsten Aberglaubens werfen. Wenn man die Aufzeichnungen der Schwester Jeanne des Anges, die Oberin der Ursulinerinnen von Loudun war, liest, die Schilderung ihrer Besessenheit durch sieben Dämonen und daneben noch den Ausgang aus ihren Briefen an den ehrwürdigen Vater Saint-Jure, S. J., ihren Weichtiger, hält, dann möchte man sich oft zweifeln fragen, ob man es mit einer Schwindlerin oder Wahnsinnigen zu tun hat. Denn die in diesen Memoiren beschriebenen Visionen und Halluzinationen, die Schilderung der Erscheinungen und Ansetzungen, denen die Schwester Jeanne des Anges und außer ihr sieben andere Nonnen ausgesetzt waren, sind so phantastischer, fränkischer, verwirrender Natur, daß man vor einem Rätsel steht. Zweifellos sind diese Frauen alle hysterisch gewesen, in besonders hohem Maße die Schwester Jeanne, deren Besessenheit bis zum Jahre 1638 dauerte. Man muß sich nur wundern, wie ein Mensch überhaupt Jahre hindurch solche Qualen und Martern, Entbehrungen und Kasteiungen, die mit den Teufelsbeschwörungen und -austreibungen verbunden waren, ertragen konnte, ohne seelisch und körperlich daran zugrunde zu gehen. Die vollkommen mittelalterlich anmutenden Prozeduren der Teufelsbeschwörung, die sich in Szenen von empörender, entwürdigender Extrabaganz abspielten und sich monatelang hinzogen, wurden von den bestellten Teufelsbeschwörern und ihren Helfershelfern mit einer geradezu satanischen und perberischen Grausamkeit vollzogen. Und doch ist ein Zweifel an der Wahrheit der Vorgänge nicht erlaubt, da der ganze Hergang in den Prozeduren einwandfrei festgelegt ist, die zum größten Teil von dem Staatsrat Jean Martin de Raubardemont, der auf Befehl des Königs zwecks Schleifung der Festungswerke des Schlosses in Loudun wollte, niedergeschrieben wurden. So muß man denn doch annehmen, daß die Besessenheit vom Himmel echt war. Die ganze Affäre wurde viel Staub auf, zumal der Pfarrer der Kirche Saint-Pierre du Maré, Urban Gaudier, ein Don Juan im Priestergewand, in die Angelegenheit verwickelt wurde. Die besessenen Nonnen wurden von einer „sündigen, himm- und schandenlosen Leidenschaft“ zu ihm erfaßt. Schließlich wurde ihm der Prozeß gemacht, und obwohl er sein Alibi

nachweisen konnte, wurde er am 18. August 1634 zum Feuerstade verurteilt. Die Hinrichtung fand noch am selben Tage auf dem Marktplatz statt. Schon damals gab es aufgeklärte Menschen, die die ganzen Vorgänge verurteilten; vor allem die Hugenotten gaben die ganze Schale ihres Spottes über die wie eine Farsche wirkenden Teufelsbeschwörungen aus. Fast noch toller sind die Schilderungen der Wunder, die ihr den Ruf einer Heiligen eintrugen, so daß viele Kranke nach Loudun pilgerten, um Heilung zu suchen. Vor allem spielen die fünf Ditzrops eine große Rolle. Der Ruf ihrer wunderthätigen Segnung durch den Himmel drang bis an den Hof des Königs. Ihre Keise aus Oras des heiligen Franz von Sales nach Anney gleich einem Triumphzug. Sie wurde nicht nur vom Kardinal Richelieu empfangen, sondern auch vom König und der Königin. Nach zwei Monaten kehrte sie hochgeehrt in ihr Kloster zurück. Später entwickelte sich dann ihr religiöser Wahnsinn nach einer erottisch mythischen Richtung hin. Am 29. Januar 1635 starb sie an einer Lungenentzündung. So endete diese Frau, die fast ihr ganzes Leben lang ihre Umgebung in Atem hielt durch ihre feilschen Verirrungen, denen ihre ägellose Natur nicht rechtzeitig Halt gebot. Die ganz im Aberglauben verstrickte Zeit hat ihren Madenschäften nur Vorschub geleistet, sie mehr und mehr in ihrem Gebaren bestärkt und ihre Eitelkeit befriedigt, bis sie überhaupt nicht mehr imstande war, gegen die Ausgeburt ihrer Phantasie anzukämpfen. Ihre Memoiren entrollen das Bild einer vollkommenen Nervenerrüttung und geistigen Unzurechnungsfähigkeit. Prof. Hugo Roller.

Vater und Mutter.

Sprachpsychologische Betrachtungen.

Von Konrad Winteler.

Lichtenberg sagt einmal: „Wenn man selbst viel denkt, so findet man viel Weisheit in der Sprache eingetragener“, und in der Tat stoßen wir fast bei jedem Wort unserer Sprache auf Geist und Weisheit. Man darf nur die gewissermaßen verschütteten Schätze wieder ausgraben. Schon die ersten Wörter, die dem jungen Menschen von der Zunge fließen, die Bezeichnungen für Vater und Mutter, bieten uns Anlaß, die unbewußte Weisheit zu bewundern, die in unserer Sprache verborgen liegt und die aufzudecken wohl der Mühe lohnt.

Was die Muttermilch für den Körper, das ist die Muttersprache für den Geist. Sprechen lernt der Mensch durch die Mutter. So erscheint uns wohl begreiflich, daß die Stellung der Mutter zur Sprache sehr scharf in der Sprache ausgedrückt und festgelegt ist: Wir sagen: Muttersprache, nicht Vatersprache! Die Mutter ist meist die weichere Natur, sie ist der Herz und Gemüt bildende oder weckende Teil des Elternpaares. Wir sagen aber ebenso richtig: Vatersprache — und denken dabei bewußt oder unbewußt an die harten Notwendigkeiten des Lebens, an den Kampf ums Dasein, an Streit und Krieg, an Wehr und Waffen.

So gerne hinwiederum der stolze Vater den Geist, den Blick seines Sproßlings als von ihm vererbten Anteil in Anspruch nähme — er sagt doch, wenn das Kind eine schlagfertige und wichtige Ausdrucksweise zeigt, es habe Muttersprache. Es erwarb eben, was ja jeder Vater tagtäglich beobachten kann, den Grundstock seines Sprechens, also Wiffens, also seine Umgangssprache, in den ersten Jahren seines Lebens im fast ausschließlichen Umgang mit der Mutter, von dieser, nicht vom Vater. Das Volk, das seine viel tausendjährige Erfahrung in weise Redensarten und scharfgeprägte Ausdrücke zu fassen gewohnt ist, spricht daher mit gutem Recht vom Vaterlande und von der Muttersprache.

Aus denselben Gründen, wie vom Vaterlande, spricht man vom Vaterhaus, nicht vom Mutterhaus. Psychologisch sehr fein und richtig, denkt da das Volk an die führende, schützende Rolle des Vaters im Hause, des Vaters, der, wie er sein Land zu schützen berufen ist, auch die Ruhe und den Frieden des Hauses zu wahren hat.

Ebenso sagt man auch wohl von jungen Leuten, daß es ihnen gut gehe, solange sie die Füße unter des Vaters Tisch strecken dürfen; auch da hat die Mutter im Urteil des Volkes zurückzutreten vor der natürlichen Autorität des Vaters. Aber, wie oben dargelegt: was mit der Sprache zusammenhängt, das kommt beim Volke sehr richtig aufs Konto der Mutter.

Wie schön sagt doch Max von Schenckendorff:
Mutter sprache, Mutter laut,
Wie so wonnesam, so traut!

Und schon vor 400 Jahren verfluchte der alte Sebastian Frand:

„Die Red' ist des Gemüts Spiegel.“
Wahrhaftig! Wieviel Gemüt, wieviel Wahrheit, wieviel Weisheit liegt in unserer Sprache verborgen!

Auf der Suche nach den Mördern Erzbergers.

DZ. Aus Oppenau wird vom Mittwoch gemeldet: Wir sind schon berichtet, wurde am Samstag, 3. September Oltwig von Hirschfeld hier eingeliefert. Heute morgen fand in Oppenau und Griesbach durch Staatsanwalt Burger eine Gegenüberstellung mit Zeugen, die die mutmaßlichen Täter kennen. Es ergaben sich keinerlei Anhaltspunkte für die Tätererschaft Hirschfelds. Die Zeugen befanden übereinstimmend, daß Hirschfeld nicht in Frage komme. Ob er als Mitwisser in Betracht kommt, steht noch nicht fest. Er wurde in das Amtsgefängnis nach Offenburg verbracht und wird in den nächsten Tagen dem Abgeordneten Diez gegenübergestellt werden.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 48 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnung: des Ministeriums des Innern: die Arzneitaxe.

DZ. Schlafwagen 3. Klasse. Die Eisenbahnverwaltung plant die Einstellung von Schlafwagen 3. Klasse in einige geeignete Nachtstrecke verkehrsreiche. Damit würde ein langjähriger Wunsch des Verbandes reisender Kaufleute erfüllt werden.

5% Reduktionsanleihe. Die Zeichnung auf die Anleihe, welche von der Reduktionsanleihegesellschaft zur Beschaffung der Mittel für den Bau des Reduktionskanals als Teil der Reduktions-Donau-Schiffahrtstrasse sowie den Bau und Betrieb von 26 Wasserkraftwerken an der Reduktionswassertrasse ausgegeben wird, gehen sehr günstig ein. Wie aus dem Anzeigenteil unseres Blattes ersichtlich ist, läuft die Zeichnungsfrist am 15. d. M. ab.

DZ. Böhrenbach, 6. Sept. Wie wir seinerzeit berichteten, wurde hier in gemeinster und ekelhaftester Weise eine Kanne Milch von einem Durcheinander verunreinigt. Der Täter konnte nun in der Person des Bernhard Schuler von Ammenshofen bei Donaueschingen gefaßt werden.

Freie Aussprache.

Wir veröffentlichen unter dieser, vom übrigen redaktionellen Teil abgetrennten Rubrik beabsichtigte Darlegungen und Äußerungen aus allen Parteilagern, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bezieht sich diese Aussprache außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.

Erzberger, sein Wollen und sein Wirken.

Von Chefredakteur A. Becker-Rodolffzell.

Im Nachstehenden geben wir einen weiteren Artikel des unseren Lesern bereits bekannten Verfassers wieder, der, wie wir schon anlässlich seiner kürzlich an dieser Stelle erfolgten Würdigung der Persönlichkeit Erzbergers betonten, dem ermordeten Reichsfinanzminister a. D. nicht nur parteipolitisch, sondern auch persönlich nahestand. Red.

Was versteht man unter Kapitalismus? Zweierlei kann damit begriffen werden: eine geistige Verfassung und ein wirtschaftlicher Zustand. Im ersteren Fall spricht man am besten von Mammonismus. Das Wort hat biblischen Klang und weist auf eine berühmte Stelle des neuen Testaments. Kapitalismus heißt so einfach Gabsucht. So verstanden ist er keine

Masseigentümlichkeit, denn jeder Mensch trägt davon seinen Teil in der Brust. Gabsucht ist Selbstsucht, die auf die berechtigten Ansprüche des Nächsten grundsätzlich oder tatsächlich keine Rücksicht nimmt.

Unter Kapitalismus versteht man auch einen ungesunden wirtschaftlichen Zustand, wie ihn besonders die Neuzeit ausgeprägt hat; die Ansammlung übergroßer Geld- und Sachwerte in einer oder in wenigen Händen. Da Geld Macht bedeutet, schiebt der Zusammenstrom von wirtschaftlichen Werten in wenigen Händen die politische Einflusssphäre notwendig in das Spruchgebiet der Reichen. Der wirtschaftlich ungesunde und fittlich nicht berechnete Zustand ist also der, daß auf der einen Seite entrechtete Massen stehen, auf der anderen die Herrenkaste der Geldmagnaten und Großgrundbesitzer.

Der Kapitalismus als allgemein menschliche Erscheinung, als kapitalistischer Geist, wird durch die Seelsorge und den religiösen Unterricht am besten bekämpft; als wirtschaftliche Erscheinung muß er durch die Gesetzgebung überwunden werden. Das eine soll nicht ohne das andere geschehen. Die seelsorgliche Arbeit ohne die Tätigkeit des Gesetzgebers, bliebe ohne Wirkung in die Breite; und dem Wert des Gesetzgebers fehlte ohne die Kleinarbeit der Seelsorge der notwendige moralische Unterbau.

Das Trachten Erzbergers zielt seiner Begabung, seinem Verstand und seiner Stellung entsprechend auf Überwindung des wirtschaftlichen Kapitalismus und man erinnert sich jetzt gern an sein Wort: Der Finanzminister ist zugleich der beste Sozialreformminister. Ich bin nicht Fachmann genug, um über Erzbergers Steuerreformgebung ein Urteil abzugeben, aber das Ziel, das Erzberger im Auge hatte, war sicher gut. Der wirtschaftliche Ausgleich zwischen Kapital und lebendiger Menschheit ist die Aufgabe der Zukunft. Für jeden Gesetzgeber eine schwere, undankbare Arbeit, Erzberger hat sie viel Guts und systematische Gehe eingetragenen und zuletzt das Leben gestiftet.

Die Presse aller Richtungen, am allermeisten die Presse der Rechten, hat am Tode Erzbergers allen Grund zur Gewissens-erforschung. So wirkt das geschriebene Wort, das ohne Verantwortlichkeitsgefühl mit Leidenschaft unter die Waffen geschleudert wird. Der Kampf gegen den Urheber der Friedens- und gegen den ersten republikanischen Finanzminister als Vertreter einer Konfessionsmasse war kein sachlicher mehr; er war persönlich, giftig und ohne jede menschlich vornehme Gesinnung. Die Herren der Rechten müssen den Mann sehr geschätzt haben; einem Menschen, den man gering schätzte, setzt man nicht so leidenschaftlich und so dauernd zu. Über dieses werden nachgeborene Geschlechter anderer Meinung sein, als wir; auch der Ermordete hat sicher in manchem Urteil der Menschlichkeit Tribut gezahlt. Was ändert das an der Sache? Das politische Konto der Rechten ist und bleibt schwer belastet. Der verlagene Mund Erzbergers ist für immer geschlossen, doch Gerechtigkeit und Wahrheit überdauern jeden Anschlag.

Literarische Neuerscheinungen.

Mag. Ricard: Der letzte Mensch. G. P. Tal & Co. Verlag Leipzig. B. i. n., Zürich. Gebunden M. 25. Gebunden M. 30. — Geschüttert stellt der Autor fest: der menschliche Typus hört auf! Es verschwinden die Merkmale, die ihn als menschlich charakterisieren! Der Mensch stirbt aus und an seine Stelle tritt ein neuer, ein fürchterlicher Typus. Wie in einer fremden Hölle führt uns der Verfasser in diesem entsetzlichen Wesen herum; wir aber ahnen bald, daß jene Symptome, welche es unbarmherzig ankündigt, in uns selber sind.

Staatsanzeiger.

Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurechtlegungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Befördert:

Amtsgehülfe Hermann Niegger beim Landeskommissar in Mannheim zum Bezirksamt Mannheim.

Justizministerium.

Gestorben:

Rechtsanwalt Georg Müller in Mannheim.

Arbeitsministerium.

Ernannt:

beim Ministerium: Die Regierungsräte Dr. Marie Baum, Dr. Konstantin von Bayer-Ehrenberg und Christian Specht zu Oberregierungsräten, die Ministerialsekretäre Friedrich Neßert und Paul Zinke zu Ministerialoberrechnungsräten, den Oberrevisor Wilhelm Karle bei der Hauptfürsorgestelle und den Oberverwaltungssekretär Karl Schneyer zu Ministerialrechnungsräten, erlitten unter gleichzeitiger Veretzung zum Arbeitsministerium, die Büroinspektoren Jakob Niebel und Ludwig Jacob zu Ministerialoberrechnungsräten, die Oberverwaltungssekretäre Adam Probst, Johannes Kleinheins — diesen unter Veretzung von der Ministerialabteilung des Staatsministeriums zum Arbeitsministerium — Otto Huber, Hans Heß und Oskar Berner zu Ministerialoberrechnungsräten, die Oberverwaltungssekretäre Friedrich Köhler und Ludwig Kall zu Ministerialrechnungsräten, die Oberbaufachsekretäre Gustav May und Kornel Greß zu Bauinspektoren, den Verwaltungssekretär Emil Fuchs zum Kanzleioberssekretär, die Verwaltungsassistenten Johannes Schäfer und Julius Siccard zu Verwaltungssekretären;

bei der Hauptfürsorgestelle: den Oberverwaltungssekretär Adolf Bels zum Verwaltungsobersinspektor, den Oberrevisor Robert Baur zum Revisionsinspektor, den O-Verwaltungssekretär Heinrich Horn zum Verwaltungsinspektor, den Verwaltungssekretär Eustachius Kühn zum Verwaltungsobersekretär und den Verwaltungsassistenten Lorenz Müller zum Verwaltungssekretär;

beim Gewerbeaufsichtsamte: die Regierungsräte Dr. Friedrich Solymann und Dr. Theodor Ulrich zu Oberregierungsräten, die Gewerbeinspektoren Ernst Saas, August Altfeld, Michael Frischmuth, Karl Windens und Eugen Grimm zu Gewerbeoberinspektoren, den Amtsgehilfen Wilhelm Raupp zum Hausmeister; ferner die Bezirksbauinspektoren Hermann Kraus in Freiburg, Josef Girich in Heidelberg, Albert Nau in Pforzheim, August Sobel in Mannheim, Ferdinand Finns in Rodolfszell, Heinrich Dewald in Bretten, Friedrich Gerold in Baden, Eduard Sattler in Müllheim, Karl Altemeyer in Lahr, August Scherer in Karlsruhe, Anton Wis in Offenburg, Heinrich Kühmann in Mühl, Friedrich Lott in Mosbach und Bernard Wiesdorf in Raftatt zu Bezirksbauinspektoren.

Ministerium der Finanzen.

Planmäßig angestellt:

Hofrat Heinrich Krahmann, den Remisenwärter Friedrich Dimpfel, den Weichent Paul Schulz bei der Landeshauptkassette in Karlsruhe unter Verleihung der Amtsbezeichnung Finanzassistent, sowie den Hofrat Nikolaus Baumgart unter Verleihung der Amtsbezeichnung Kanzleiassistent.

Fischer-Hartmann Rechenbuch für Volksschulen

Nach den Bestimmungen des badischen Unterrichtsplanes herausgegeben auf Grund mehrjähriger Erfahrungen im praktischen Gebrauch der Volksschulen umgearbeitet von A. Anzlinger Alb. Grimm S. Hedmann Hauptlehrer Stadtschulrat Oberlehrer Neue umgearbeitete Auflage Fünf Schülerhefte: 4.—8. Schuljahr. Fünf Lehrerhefte Hierzu als Ergänzung: Das Rechnen im I., II. und III. Schuljahr Verteilung der Jahrespensen In vielen Orten im Gebrauch, u. a. auch in Mannheim und Karlsruhe

Ein Urteil über Fischer-Hartmann: „Große Sorgfalt wurde verwendet auf einen klaren, lückenlosen Aufbau, auf eine übersichtliche Gruppierung des Stoffes und auf eine allen Anforderungen entsprechende Ausstattung. Durch geeignete Aufgabengruppen wird der Schüler in das wirtschaftliche Leben der Gegenwart eingeführt und für dasselbe tüchtig gemacht. Auf die Selbsttätigkeit und Selbständigkeit der Schüler wird besonderes Gewicht gelegt; deshalb werden sie immer wieder angehalten, an der Hand der Durchschnittspreise am Schlusse des Buches selbst Aufgaben zu bilden. Durch geeignete Wiederholungsaufgaben ist dafür Sorge getragen, daß die Schüler in den fürs Leben wichtigen Rechengebieten möglichst sicher werden. Der Stoff ist mit Rücksicht recht reichlich bemessen. Dadurch ist Gelegenheit gegeben, das eine oder andere Gebiet je nach Bedürfnis eingehender zu behandeln; außerdem genährt dieser Umstand den Vorteil, daß der Lehrer jeder Schülerreihe eine andere Aufgabe geben kann, wenn er sich überzeugen will, ob die Schüler das Behandelte verstehen. Die für besondere Schulverhältnisse entbehrlichen Stoffe können nach dem Ermessen des Lehrers ausgeschieden werden und sind durch ein Sternchen bezeichnet. Das Lehrerheft enthält neben methodischen Hinweisen eine große Anzahl leichter Aufgaben fürs mündliche Rechnen, die das schriftliche Rechnen vorbereiten. Sämtliche Aufgaben sind auf ihre Rechenbarkeit und Schwierigkeit geprüft. Die Bezahlpreise erfährt eine wesentliche Vereinfachung, und die Zeitrechnungen wurden auf das allerwichtigste beschränkt. Das Versicherungswesen, das heututage in allen Kreisen eine Rolle spielt, wurde seiner Wichtigkeit entsprechend behandelt. Die Bearbeitung der Raumlehre erfolgte nach ähnlichen Gesichtspunkten.“ Neue Badische Schulzeitung.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. B. Karlsruherstraße 14

5% Neckar-Anleihe

M. 350 000 000.— 5% im ganzen Reiche mündelsichere Anleihe der Neckar-A.G. (Aktienkapital M. 300 000 000.—)

mit dem Recht auf hypothekarische Eintragung auf den zu erstellenden Kraftwerken — garantiert durch das Reich und die Länder Württemberg, Baden und Hessen —

Ausgabekurs 99%

— Anmeldungen nehmen alle deutschen Banken, Bankiers und Sparkassen entgegen, bei ihnen sind auch die ausführlichen Prospekte jederzeit erhältlich.

Zeichnungsschluß 15. September.

Volksschauspiel Dtigheim Wilhelm Tell

Aufführung jed. Sonntag bis Ende September Anfang 2 Uhr. Ende 6 Uhr nachmittags. Preis der Plätze: 2 bis 20 Mt. Vorverkauf: Karlsruhe: Verkehrs-Büro Kaiserstraße 158, Fernruf 5138; Verlegerische Verlagsbuchhandlg., Fernruf 1286; Buchhandlg. Kraus, Baummeisterstr. 4, Fernruf 2261; Zeitungshaus beim Hotel Germania. Dtigheim: Theaterkasse, Fernruf 61, Raftatt. R. 530.2.1

Eintliche Bekanntmachung.

Das politische Meldewesen betr. Immer wieder werden die bei der politischen Meldestelle — Gebelstraße Nr. 7b — zu erstellenden An- und Abmeldungen zu- oder weggehender Personen nicht oder nicht rechtzeitig erfattet. Auch werden vielfach An- und Abmeldungsformulare derart ungenau ausgefüllt, unbedeutlich geschrieben und unleserlich unterschrieben, daß deren Nichtigkeit und Ergänzung nur mit Weiterungen und Zeitverlust sowohl für die Beteiligten, wie auch für die Beamten der Meldestelle verbunden ist.

Wir machen daher auf die genaue Beachtung der An- und Abmeldepflicht, sowie auf die genaue Ausfüllung der An- und Abmeldeformulare, die auf der politischen Meldestelle, sowie auf sämtliche Polizeistationen unentgeltlich erhältlich sind und vom Melder (Vermieter) sowie dem Gemeldeten (Mieter) mit deutlicher Unterschrift zu versehen sind, aufmerksam. Karlsruhe, den 1. September 1921. R. 910 Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion. O. 8.124

Dresdner Bank

Eingezahltes Kapital: 260 Millionen M. Rückstellungen: 80 Millionen M. Niederlassungen in Baden: Mannheim :: Heidelberg Freiburg i. B. :: Konstanz Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte:— J. 889

Priv.-Pädagogium Karlsruhe (Externe)

führt indiv. bis Abitur jeder Gattung, auch Mädchen. Relig. Erziehung, Gewinn an Zeit, Preise mäßig. Wiehl, Bismarckstr. 69. R. 478

Französisch

(System Ritter) Erfolg verbürgt Auslandspraxis H. K. Ritter behördl. zugel. Sprachlehr. Körnerstraße 30 (Probstunden). R. 668

graph Emil Jakobasche, früher in Pforzheim, zurzeit auf Reisen wechselnden Aufenthalts, unter der Behauptung, daß Beklagter die Klägerin am 1. Januar 1921 verlassen, sich nicht mehr um sie kümmert, sie körperlich mißhandelt, schriftlich und mündlich beleidigt habe u. in Pforzheim mit einer Frauensperson herumgegangen sei, mit dem Antrag auf kostenfällige Scheidung der am 5. März 1919 in Pforzheim geschlossene Ehe aus Verhältnissen des Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des Landgerichts zu Karlsruhe auf Freitag, den 18. November 1921, vormittags 9½ Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. Karlsruhe, 30. Aug. 1921. Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.